

ratungen der Parteigruppen gesprochen und gesichert, daß es in allen Bereichen konkrete Festlegungen für die sorgfältige Bearbeitung der Eingaben gibt. Die APO kontrollieren regelmäßig, wie die staatlichen Leiter ihrer Verantwortung dabei nachkommen. Sie sorgen dafür, daß gute Erfahrungen bei der Bearbeitung von Eingaben verallgemeinert werden.

Inzwischen hat der Rat des Bezirkes festgelegt, wie alle Eingaben aus der Wahlbewegung bearbeitet, für die weitere Arbeit ausgewertet werden und ihre Erledigung laufend kontrolliert wird.

So entwickelten die Abteilungen örtliche Versorgungswirtschaft, Handel und Versorgung und Bezirksbauamt ihre Zusammenarbeit, um das Handelsnetz zur Versorgung der Bevölkerung mit Baustoffen weiter auszubauen. Ebenfalls werden Analysen ausgearbeitet zur Ermittlung des Bedarfs auf den verschiedensten Gebieten, so für die Versorgung der Bevölkerung mit Dienstleistungen und Industriewaren. Weiter wird analysiert, welche Probleme in den Eingaben zur Wohnungspolitik, zur Werterhaltung, zum Verkehrs- und Straßenwesen und zur Wasserwirtschaft enthalten sind, weil aus diesen Bereichen schon seit längerer Zeit die meisten Eingaben kommen.

Der Rat des Bezirkes hat den Bezirkstag nach seiner Neuwahl — und erneut Ende März 1972 — über Inhalt und Umfang der vorliegenden Eingaben informiert und berichtet, wie sie durch die Räte der Kreise, Städte und Gemeinden, unter Beteiligung der Bürger, bearbeitet und erledigt werden. Die Eingabenanalyse wurde den Abgeordneten als Arbeitsmaterial zur Verfügung gestellt.

Unter Leitung des Rates des Bezirkes konnten

inzwischen 98 Prozent der Eingaben aus der Wahlbewegung entschieden und 90 Prozent realisiert werden.

Kritik bleibt nicht unbeachtet

Die Leitung der BPO und die Leitungen der APO befassen sich schon seit längerer Zeit damit, die Genossen und Mitarbeiter zur Sorgfalt in der Eingabenarbeit zu erziehen. So gehen wir in der ideologischen Arbeit aus vom unlösbaren Zusammenhang zwischen den Eingaben der Bürger, ihrem Verhältnis zum Staat und der sozialistischen Demokratie. Wir erläutern den Genossen und Mitarbeitern, daß die Bürger mit den Eingaben, mit ihren kritischen Hinweisen, Bemerkungen und Vorschlägen ihre vertrauensvollen Beziehungen zum sozialistischen Staat zum Ausdruck bringen und von ihrem grundlegenden staatsbürgerlichen Recht auf Mitwirkung an der Leitung des Staates und der Wirtschaft Gebrauch machen. Bei der Diskussion dieser Fragen setzen wir uns in Leitungssitzungen und Mitgliederversammlungen auch mit Genossen auseinander, die Mängel in der Eingabenarbeit zuließen. Die Meinung einzelner, Eingaben seien nur eine zusätzliche Belastung für die Mitarbeiter staatlicher Organe, wird dabei immer mehr überwunden.

Wir orientieren alle Genossen, vor allem die Leiter, darauf, daß es ein Grundsatz unserer sozialistischen Demokratie sein muß, Eingaben der Bürger kurzfristig zu entscheiden, zu bearbeiten und zu realisieren. Die Bürger haben ein Recht darauf, und sie messen daran, wie ernst die staatlichen Organe ihre Meinung und ihre Probleme nehmen. Im unmittelbaren Zusammenhang dazu steht die Forderung, daß kein Vorschlag und Hinweis verlorengelassen und keine Kritik unbeachtet bleiben darf.

hang darauf aufmerksam, daß wir dabei oftmals den Weg des geringsten Widerstandes gehen und nur die Kollegen ansprechen, von denen wir von vornherein eine positive Antwort auf unsere Fragen erwarten.

In der Redaktion der Betriebszeitung „Oktoberecho“, VEB Förderanlagen „7. Oktober“, haben wir jedoch die Erfahrung ge-

macht, daß alle Werktätigen nach gründlicher Beratung mit ihnen ihre Meinung ungeschminkt zum Ausdruck bringen. Allerdings ist zu bemängeln, daß in unserer ehrenamtlichen Redaktion von 13 Mitgliedern nur zwei Kollegen aus der Produktion sind. Wir sind jetzt dabei, diesen Zustand zu verändern. Wenn ich mir aber in dieser Hinsicht aus zugeschickten Betriebszeitungen das Impressum ansehe, so muß ich sagen, daß nicht nur bei uns die Notwendigkeit einer Veränderung besteht.

Auf dem Lehrgang wurden viele kluge Ideen geboren. Genosse Karl Bohn, Sekretär für Agitation und Propaganda von der Stadtbezirksleitung Südost, sagte zum Abschluß, daß er auch für die übergeordneten Leitungen der Partei lehrreich war und maßgebliche Entscheidungen mit sich bringen wird.

Olaf Onderkä

Betriebszeitungsredakteur
im VEB Förderanlagen
„7. Oktober“, Magdeburg

ms[^]mwvi